

**Mitteilung für den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates am 14.12.2017 zum aktuellen Stand der Bearbeitung des Ratsbeschlusses zur kommunalen Gedenk- und Erinnerungskultur**

Der Rat der Stadt Bielefeld hat aufgrund des gemeinsamen Antrags von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Bürgernähe/Piraten vom 08.11.2017 am 17.11.2016 einen Beschluss zur Kommunalen Gedenk- und Erinnerungskultur gefasst. Der Beschluss würdigt im Wesentlichen die in der Stadt bereits bestehende Gedenk- und Erinnerungskultur und drückt die Wertschätzung des Rates aus zu den diesbezüglichen vielfältigen Ausdrucksformen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten.

Unter anderem hat der Rat die Verwaltung beauftragt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die auf Basis einer umfassenden Bestandsaufnahme ein Konzept für eine nachhaltige Erinnerungskultur entwickelt und Vorschläge zu deren Umsetzung macht.

Der Oberbürgermeister hat die Federführung zur Ausführung des Ratsbeschlusses dem Dezernat 2 übertragen.

Nach verwaltungsinterner Abstimmung und Beratungen mit den Antragstellern hat die Verwaltung am 09.10.2017 unter dem Titel „Erinnern für die Zukunft“ eine öffentliche Veranstaltung zur Gedenk- und Erinnerungskultur für Bielefeld durchgeführt. Zu der Veranstaltung wurde sowohl gezielt persönlich als auch über die Presse eingeladen.

Ziel der Veranstaltung war, vor Einrichtung der Arbeitsgruppe Themenwünsche, das Wissen und die Expertise möglichst vieler Bielefelderinnen und Bielefelder einzubeziehen. Im Kern sollte es dabei um das Themenspektrum für Erinnerungskultur gehen (woran erinnern wir?), es sollten angemessene Formen der Erinnerung gefunden werden (wie erinnern wir?) und es sollte festgehalten werden, mit welcher Zielrichtung erinnert wird bzw. werden sollte (wozu erinnern wir?).

Gemeinsam mit rund 60 Akteurinnen und Akteuren wurden dazu relevante Themen gesammelt und geordnet sowie Meldungen für die Mitwirkung an der beauftragten Arbeitsgruppe aufgenommen.

Die Arbeitsgruppe hat sich dann in ihrer ersten Sitzung am 22.11.2017 unter der Leitung von Dr. Jochen Rath – Leiter Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek – konstituiert. In der Auftaktsitzung wurde eine Roadmap für die Erstellung des beauftragten Konzepts erarbeitet. Danach sollen in den kommenden Sitzungen vornehmlich die Schwerpunktthemen

- Bestandsaufnahme
- Formen der Vernetzung/Kooperation und der Institutionalisierung
- Desiderate (Forschungsprogramm).

bearbeitet werden.

Die Fertigstellung des Konzepts ist für Ende Juni 2018 vorgesehen.



Dr. Witthaus